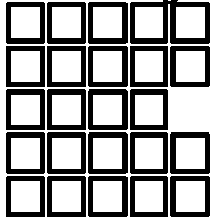


## **Stadt Erlangen**



Es gilt das gesprochene  
Wort

# **Vortrag „Grenzen der Haushaltskonsolidierung“ von Oberbürgermeister Siegfried Balleis vor dem Bayeri- schen Städtetag am 10./11.07.2003**

## **1. Ausgangssituation – geringere Steuereinnahmen**

Von einem Wegbrechen der Steuereinnahmen kann bei der Stadt Erlangen nicht die Rede sein. Wie die Tabelle und Graphik (siehe Anlage) zeigen, sind die Steuern von 1996 bis 1999 gestiegen, 2000 und 2001 waren sie dagegen leicht rückläufig. Für 2002 waren Ansätze von insgesamt 109.540.000 € eingeplant.

Ende Juni 2002 blieben nach Hochrechnung die Gewerbesteuererinnahmen - aufgrund höherer Rückzahlungen von Gewerbesteuererinnahmen für frühere Jahre - um 11,5 Mio. Euro hinter dem Ansatz zurück.

## **2. Reaktion auf wegbrechende Steuereinnahmen in 2002**

Auf die Mindereinnahmen wurde wie folgt reagiert:

### **Haushalt 2002**

1. Sperrung des Gesamtübertrages der Budgetergebnisse 2001 in Höhe von 1.337.000 € durch Eilverfügung des Oberbürgermeisters vom 05.07.2002

2. 25.07.2002 Erlass einer 10%igen Sperre bei den Sachkostenbudgets der Fachämter
3. Erlass einer HH-Sperre durch den Stadtrat am 26.09.2002

in Höhe von	265.000 €	im Verwaltungshaushalt
und in Höhe von	8.228.000 €	im Vermögenshaushalt

Gesamtsperrsumme

Verwaltungshaushalt **6.474.000 €**

Vermögenshaushalt **8.228.000 €**

**Ergebnis:** Am Jahresende waren im Verwaltungshaushalt nur noch 2.532.000 € gesperrt. 467.000 € mussten im Rahmen der Budgetabrechnung 2002 noch nachträglich entsperrt werden. Somit konnten mit einem erheblichen Personaleinsatz im Verwaltungshaushalt rund **2,0 Mio. €** eingespart werden. Im Vermögenshaushalt wurden **7,8 Mio. €** endgültig eingezogen.

Die Gewerbesteuerereinnahmen 2002 erreichten zum Jahresende tatsächlich 106.932.000 €, und lagen somit um 2,6 Mio. € unter dem Ansatz.

### Haushalt 2003

1. Die Budgeteinnahmen wurden, soweit möglich, festgesetzt auf der Basis Rechnung 2001 + 3%
2. Die Budgetausgaben wurden eingefroren auf den Stand Ansatz 2002 oder, wenn möglich, gekürzt auf einen Mittelwert aus den Rechnungsergebnissen 1999-2001
3. Die FDP hat zu den HH-Beratungen den Antrag gestellt, Vorschläge für eine 10%ige Budgetkürzung zu unterbreiten.

Die CSU hat zu den Beratungen den Antrag gestellt, kostendeckende Gebühren für Auswärtige zu erheben.

**Ergebnis:** Der Antrag der FDP führte zu weiteren Budgetkürzungen von rund 1 Mio. €. Der Antrag der CSU konnte nicht umgesetzt werden (siehe 4.).

Im Haushalt 2003 wurden Steuereinnahmen von 91.570.000 € eingeplant. Gegenwärtig (Stand: 26.06.2003) kann aber mit voraussichtlichen Steuereinnahmen bis zum Jahresende von rund 104,0 Mio. € gerechnet werden.

### 3. Probleme und Grenzen der Haushaltskonsolidierung

In den Jahren 1987 – 1991 hat sich die Stadt Erlangen bereits intensiv mit den „Katalogen“ über Konsolidierungsvorschläge auseinandergesetzt. Viele Vorschläge wurden damals bereits umgesetzt (wie z. B. Öffnungszeiten reduzieren, Einrichtungen zusammenlegen u.v.m.). Da sich die damalige Vorgehensweise, vom grünen Tisch aus zu entscheiden, aber als wenig effektiv herausstellte, begann die Stadt Erlangen sehr bald mit der Plafonierung (Vorläufer der Budgetierung in Musterämtern), die 1997 in eine flächendeckende Budgetierung der Sachkosten überging und ab 2000 durch die Personalkostenbudgetierung ergänzt wurde. Durch die Dezentralisierung der Finanzverantwortung griffen viele Ämter von sich aus die altbekannten Vorschläge wieder auf, brachten Lösungsvorschläge in ihre Fachausschüsse ein und trugen zur Haushaltskonsolidierung bei. In den Jahren 1997 bis 2002 wurden folgende Budgetergebnisse (geringerer Zuschussbedarf im Rechnungsergebnis gegenüber Haushaltsansatz) erzielt.

<b>Jahr</b>	<b>Sachkostenbudgetergebnis in €</b>	<b>Personalkostenbudgetergebnis in €</b>
1997	1.336.200	1.295.400
1998	1.585.300	1.210.000
1999	1.457.400	1.563.200
2000	3.158.900	2.203.900
2001	3.186.700	2.405.600
2002	325.140	1.216.000

Bei der Budgetierung traten insbesondere folgende Probleme auf. Die Ausgabenseite war anfangs relativ unproblematisch, da in den ersten beiden Jahren alle Ämter bestrebt waren zu sparen.

Aus Angst ein negatives Sachkostenbudgetergebnis zu erzielen, haben die Ämter teilweise Einnahmen verschwiegen bzw. im Zuge des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens niedrigere, als von der Kämmerei geplante, Einnahmeansätze durchgesetzt. Größtenteils waren diese verschwiegenen Einnahmen (einmalige Zuschüsse, rechtl. Änderungen) die Ursache für die positiven Sachkostenbudgetergebnisse.

Mit Einführung der flächendeckenden Personalkostenbudgetierung und der Festlegung, dass 50% der eingesparten Mittel dem Amt verbleiben sollen, floss allerdings zuviel Geld in die Budgets, was sich in höheren Ausgaben und steigenden Sachkostenbudgetergebnissen widerspiegelt (2000, 2001).

Erst in 2002 ist es durch Festlegung, dass nur noch 10% der Personalkosteneinsparungen dem Amt verbleiben sollen und der 10%igen Budgetkürzung gelungen, wieder Einsparungen in größerem Rahmen vorzunehmen.

Die Motivation der Ämter, Personalkosten einzusparen, ist durch die neue Regelung gesunken, was sich in der Halbierung des Personalkostenbudgetergebnisses von 2001 auf 2002 zeigt. Insbesondere die sofortige Wiederbesetzung von Stellen wird nunmehr von den Ämtern zunehmend gefordert.

2002 wurden die Sachkostenbudgets der Ämter aus dem Haushalt mit rd. 12,4 Mio € finanziert. In 2003 sind dafür nur noch 10,4 Mio € vorgesehen. Eine weitere Kürzung der Budgets mit den altbekannten Vorschlägen erscheint nicht mehr möglich.

Nur noch durch politische Entscheidungen wie Schließungen (von Museen, Freibäder, Lernstuben, Büchereien), drastischer Abbau freiwilliger Zuschüsse (Sozialbereich, Sportbereich), personelle Entscheidungen (Einzug freiwerdender Stellen) u.a. ist Haushaltskonsolidierung möglich.

Wie die Bürger bzw. die städtischen Beschäftigten darauf reagieren, bleibt abzuwarten.

#### 4. Übersicht über einige Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Erlangen

Maßnahme	Erfolgsgrad	Erläuterung
<b>Haushaltsaufstellung</b>		
Personalkostenbudgetierung (seit 01.01.2000)	teilweise erfolgreich	<p>Ursprüngliche Regelung: „Eingesparte Personalkosten bleiben zu 50% im Fachamtsbudget; neu ab 2002: 10% verbleiben im Fachamtsbudget</p> <p>Konsequenzen der Regelländerung.</p> <p>Gesamthaushalt profitiert von Einsparungen stärker, aber die 10% Regelung gibt für Fachämter weniger Anreiz, Planstellen überhaupt einzusparen.</p>
Null-Planstellenwachstum	erfolgreich	Trotz neuer Aufgaben Mehrarbeit durch Engagement der Mitarbeiter aufgefangen
Flächendeckende Sachkostenbudgetierung (seit 01.01.1997)	weitestgehend erfolgreich	In den ersten Jahren steigende Einnahmen bei wenig veränderten Ausgaben. Wegen weiterhin steigender Einnahmen (die grundsätzlich für Mehrausgaben verwendet werden können) zum Teil Erhöhung der Ausgaben.
Die 10%ige Budgetkürzung mit Aufzeigen der sich hieraus ergebenden Konsequenzen für evtl. zu schließende Einrichtungen	weitgehend erfolgreich	Viele Budgets konnten den verminderten städt. Zuschuss durch Einnahmeerhöhungen ausgleichen. Z. T. war Kürzungsvorgabe jedoch nicht umsetzbar.

Maßnahme	Erfolgsgrad	Erläuterung
Kostendeckende Gebühren für Auswärtige	nicht umsetzbar	Maßnahme würde erfordern, dass Wohnsitz der Nutzer der städt. Einrichtung bekannt ist, um von städt. Eintrittsgeldzuschüssen ausschließlich Erlanger Bürger profitieren zu lassen. Schlecht umsetzbar, z.B. bei Freibad, Theater. Höhere Preise für Auswärtige würden Auslastungsgrad der Einrichtung bei – zumindest vorerst – wenig veränderten Ausgaben vermindern, z. B: Stadtbücherei, VHS Der Versuch, die Umlandgemeinden für ihre Bürger zu Zahlungen an die Stadt zu bewegen, ist gescheitert.
Ausdünnung ÖPNV	teilweise erfolgreich	Widerstand von Bürgerinitiativen. Zur Vermeidung eines Bürgerbegehrens ca. 2/3-Rücknahme der Einsparvorschläge
Rückzug aus freiwilligen Leistungen	bislang nur in geringem Umfang erfolgreich	<p>Streichung des Zuschusses an „Jugendfarm“. Einrichtung konnte über Spenden, Mitgliedsbeiträge etc. am Leben erhalten werden.</p> <p>Grundsatzproblem:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• FWL bieten Gestaltungsspielraum für Städte</li> <li>• Grauzone bei Abgrenzung zu Pflichtaufgaben</li> <li>• starke Widerstände bei Kürzungen aus der Bürgerschaft</li> </ul>

Maßnahme	Erfolgsgrad	Erläuterung
Rückläufige Investitionsraten	teilweise erfolgreich	<p>Bei einigen Maßnahmen wurde Bedarf über- dacht, einige Maß- nahmen wurden sogar gestrichen, einige Maßnahmen aber nur ver- schoben.</p> <p>Grundsatzprobleme:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verschieben der Maßnahme bringt evtl. höhere Kosten in späteren Jahren</li> <li>• Kein „antizyklisches Verhalten“ in den konjunkturell schwachen Zeiten</li> </ul>
Verkauf von Grundvermögen	erfolgreich	<p>In den besten Fällen konnten Ob- jekte verkauft werden, die einen intensiven Bauunterhalt erforder- ten. Verkauf aber auch von Bau- land. Dies führt zu einer schmerz- haften Minderung städt. Vermö- gens.</p> <p>In den Jahren 1999 bis 2002 Ü- berschüsse aus Grundstücksver- kehr (Rechnungsergebnisse) von 27,9 Mio EUR</p>
Keine Nettoneuverschuldung	erfolgreich	<p>In den Jahren 1996 bis 2002 wa- ren zum Teil sogar Entschuldun- gen möglich. Die konsequente Schuldenreduzierung hat zusam- men mit dem allgemein sinkenden Zinsniveau zu geringeren Zinsaus- gaben geführt</p>

<b>Maßnahme</b>	<b>Erfolgsgrad</b>	<b>Erläuterung</b>
Treuhandlösung für Kauf und Vermarktung ehem. von US-Streitkräften genutzter Flächen	erfolgreich	Aus den Überschüssen des Treuhandkontos konnten in den Jahren 2000 – 2002 gut 10 Mio EUR an den städt. Haushalt abgeführt werden.
<b>Haushaltsvollzug</b>		
Sperrung gem. § 28 KommHV im Sommer 2002	Vermögenshaushalt erfolgreich Verwaltungshaushalt nur teilweise erfolgreich	Sperrungen mußten zum Teil wieder zurückgenommen werden (siehe Nr. 2) Die Sonderbelastung führte in der Kämmerei dazu, dass andere notwendige Aufgaben nicht erfüllt werden konnten